15 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394, 7248, 7308, 7338, 7377, 7392, 7600.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 452. **Mittwoch, 17. September 1919. Morgen-Ausgabe.** 58. Jahrgang.

Die polnische Frage.

Möglichkeit der Lösung.

Ein in Berlin erscheinendes polnisches Blatt bringt Nachrichten über die bedrohliche Lage an der polnisch-deutschen Grenze, versteigt sich zu der Behauptung, die Gefahr eines polnisch-deutschen Krieges wachse von Tag zu Tag, und betont, daß das polnische Heer im Falle eines Angriffs auch ohne die Entente mit den Deutschen gründlichst abzurechnen imstande wäre. Diese Sprache ist keine Ausnahmeerscheinung. Fast überall in der polnischen Presse stößt man auf den gleichen Ton.

Die Polen dürfen sich über das Echo, das solche rührigen Stimmen in Verbindung mit der polnischen Agitation in Deutschland hervorrufen, nicht täuschen. Diese geht teilweise soweit, daß sie auch vor der Religion nicht Halt macht. So sind dem Bischof von Kulm wegen Deutschfreundlichkeit die schwersten Unannehmlichkeiten bereitet worden. Den preußischen Masuren wird vom Superintendenten Bursche vorgehalten, Deutschland sei zerschmettert, sie sollten sich an Polen anschließen. Die polnische Regierung ist, das mag zugegeben werden, selbst in nicht leichter Lage, weil sie den nationalistischen Parteien, besonders der Posener Richtung, in der Vertretung nationalistischer Interessen nicht stark genug erscheint. Sie hat die Hetze gegen Deutschland wohl selbst nicht verursacht, jedenfalls nicht vorausgesehen, bis zu welchem Siedegrade die Erregung der Bevölkerung sich steigern würde.

Die Haltung der deutschen Reichsregierung wird als einwandfrei dadurch gekennzeichnet, daß sie selbst sich mit der Prüfung der Verhältnisse in Oberschlesien nicht etwa durch eine neutrale, sondern durch eine Ententekommission einverstanden erklärt hat. Die Reichsregierung ist auch im wesentlichen entschlossen, den an sie gestellten Forderungen zu entsprechen. Die Bedingung der Gewährung der Amnestie bleibt aber Gegenseitigkeit. Und das ist umso verständlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Ost- und Westpreußen noch viele Deutsche gefangensitzen, die wegen Waffenbesitz oder Förderung des Grenzschutzes interniert sind, daß die Polen noch Hunderte von deutschen Kriegsgefangenen zurückhalten, und daß den vielen aus Lodz und anderen Städten ausgewiesenen Deutschen die Rückkehr noch nicht gestattet ist.

Wenn die polnische Regierung und die Führer der polnischen öffentlichen Meinung sich die Verhältnisse in Ruhe überlegen, so werden sie selbst einsehen, daß nicht die Fortsetzung der Hetze, die ganz naturgemäß in Deutschland immer ein streitförderndes Echo hervorruft, sondern Wiederaufnahme sachlicher Verhandlungen allein der Weg ist, um beide Länder aus dem gegenwärtigen Dilemma herauszuführen. Deutschland ist wirtschaftlich nicht in glänzender Lage, aber Polen steht, wenn es so fortfährt, vor dem Ruin; und seine an sich stark geschädigte Kreditfähigkeit im Ausland wird bald auf den Nullpunkt gesunken sein. Deutschland und Polen sollten jetzt ihr Augenmerk darauf richten, wie sie sich im gegenseitigen friedlichen Handelsaustausch helfen können: wie nötig braucht Polen unsere industriellen Erzeugnisse, besonders Maschinen und Chemikalien; wie gut kann Deutschland polnische Lebensmittel und polnisches Petroleum verwenden. Deutschland braucht seine Haltung gegenüber Polen nicht langatmig zu verteidigen: es will nichts anderes, als was der Friedensvertrag ihm einräumt, den beide Länder, Deutschland und Polen, unterzeichnet haben. Wenn dieser Gesichtspunkt, und an Stelle von Streitsucht und fortgesetzter Hetzerei ruhige Erwägung und der Wunsch zu sachlicher Erledigung auf polnischer Seite vorwaltet, so wird Polen auch Deutschland bereit finden, Verhandlungen wieder aufzunehmen. — H. Kr.

Die Autonomie Oberschlesiens.

Eigene Drahtmeldung.

Z. **Breslau**, 16. September.

In der letzten Sitzung der Vertrauensmännerversammlung des Zentrums in Oberschlesien, an der neben Regierungspräsident Bitta zahlreiche politische Führer des schlesischen Zentrums teilnahmen, wurde, wie bereits gemeldet, die Forderung nach einer weitgehenden staatlichen Selbständigkeit Oberschlesiens in Form eines Bundesstaats erhoben. Nachdem die preußische Staatsregierung ihren Entschluß kundgetan hat, sobald als möglich Oberschlesien die provinziale Selbständigkeit zu verleihen, setzte in Oberschlesien eine heftige Agitation ein, die vom Zentrum besonders eifrig für die bundesstaatliche Autonomie getrieben wird. Das Zentrum will zwar keine Loslösung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche herbeiführen, glaubt aber, daß zur Durchführung der in der Verfassung festgelegten Grundsätze auf den Gebieten von Kirche, Schule und Verwaltung die staatliche Selbständigkeit unbedingt erforderlich ist, um die gerechte und verständnisvolle Behandlung des polnisch- und mährischsprechenden Volksteiles in Oberschlesien durch katholische, mit der Sprache der Oberschlesier vertraute Beamte zu gewährleisten.

In der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Breslau, die zu allererst die schweren Nachteile einer solchen staatsrechtlichen Stellung Oberschlesiens zu spüren bekommen würde, hat der demokratische Stadtverordnetenführer Professor Dr. Wohlauer, einen Antrag auf Erhaltung Oberschlesiens bei der Heimatprovinz eingebracht. Dieser Antrag lautet:

„Die geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Einheit Schlesiens ist von Männern und Frauen aller Parteien, aller Stände, aller Bildungsgrade anerkannt und als Notwendigkeit verzeichnet worden. Auch die Staatsregierung hat diesen Standpunkt ernst vertreten und darauf auch ihren Widerspruch gegen die Lostrennung Oberschlesiens vom Reiche gestellt. Diese Einheit jetzt durch die Bildung einer selbständigen Provinz Oberschlesien zerstören zu wollen, das bedeutet einen unverständlichen Widerspruch gegen alle bisherigen auch für das Ausland bestimmten und im Ausland wirksamen Erklärungen. Die Bildung einer selbständigen Provinz Oberschlesiens würde aber auch für Oberschlesien selbst und vor allem auch für den übrigen Teil der Provinz Schlesien und seine Hauptstadt Breslau einen schweren wirtschaftlichen und kulturellen Schaden bedeuten. Sie würde insbesondere Breslau, den geistigen und wirtschaftlichen Mittelpunkt des gesamten schlesischen Landes, das geschichtlich bedingte und auf die Gemeinschaft mit der gesamten Provinz angewiesene Bindeglied mit dem Westen und Norden Deutschlands im Lebensnerv treffen. Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit allen Kräften bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß Oberschlesien bei der Provinz Schlesien bleibt."

Foch zur Räumung der Ostseeprovinzen.

Die Beratungen des Obersten Rates.

Havasmeldung.

Paris, 16. September.

Nach dem diplomatischen Lagebericht hat der Oberste Rat gestern hinsichtlich der Besetzung Fiumes durch d'Annunzio beschlossen, der italienischen Regierung die Sache zu überlassen. Eine endgültige Lösung der Fiumer Frage ist noch nicht möglich, da die amerikanische Abordnung noch immer ohne Weisung ist.

Der Rat beschäftigte sich ferner mit der Lage in den baltischen Provinzen, die durch Marschall Foch dargelegt wurde. Er beschloß Maßnahmen wegen Räumung dieser Gebiete durch die Truppen des Grafen von der Goltz und die russisch-deutschen Korps.

Der Rat hieß die zwischen Lloyd George und Clemenceau getroffenen Abmachungen über die vorläufige Regelung der Lage in Syrien gut. Diese sollen in Kraft bleiben, bis die Vereinigten Staaten sich bereit erklären, die türkischen Fragen zu behandeln.

Der bulgarische Frieden wurde noch nicht erwähnt. Zum Schluß hatte Clemenceau mit Marschall Allenby eine Unterredung, wahrscheinlich über Ablösung der Besatzungstruppen in Syrien. Lloyd George wird sich nach London begeben.

Paris, 15. September. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit der russischen Frage befaßt, der britischen Räumungspolitik zugestimmt und sich gegen alle russischen Abenteuer von seiten der Alliierten ausgesprochen. Er gab seiner festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die Russen ihre Zukunft selbst gestalten müßten, vorausgesetzt, daß sie die Rechte ihrer Nachbarn achteten.

* * *

Paris, 15. September. (Reuter.) Die Friedenskonferenz wird ihre Sitzungen noch eine Woche oder zehn Tage lang fortsetzen. Hierauf wird sie sich vertagen.

Die Ausdehnung des beendeten elsaß-lothringischen Eisenbahnerstreiks.

R. **Basel**, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) An dem nunmehr beendigten Streik der elsaß-lothringischen Eisenbahner hatten sich, wie der Basler „Vorwärts" gestern mitteilte, auch die Eisenbahner des Saareisenbahngebietes und der luxemburgischen Bahnen beteiligt. In Metz hatten sich dem Streik sogar die Angestellten der Straßenbahn und der Postanstalten angeschlossen. Ueber Metz war daher seit Freitag der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden und die Zahl der dortigen Besatzungstruppen war seit Beginn des Streiks um das Achtfache erhöht worden. Die Direktion der französischen Ostbahn, an deren Widerstand zweimal die Einigungsverhandlungen scheiterten, hat dann schließlich doch, wie aus dem Havasbericht hervorgeht, den Forderungen der Arbeiter nachkommen müssen.

Oberst House wieder in Paris.

R. **Basel**, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Neue Korrespondenz" aus Paris meldet, erklärte Oberst House, daß er nur für einige Tage nach Paris gekommen sei, um sich mit Polk, dem Chef der amerikanischen Friedenskommission, zu besprechen. Er fügte hinzu, daß bis jetzt nichts für die Organisation des Völkerbundes der Nationen geschehen sei. Alle diesbezüglichen Arbeiten seien bis zur Ratifizierung oder Zurückweisung des Vertrages durch den amerikanischen Senat vertagt worden.

Ueber die Erklärung Bullitts weigerte sich Oberst House irgend welche Erklärungen abzugeben.

In Erwartung neuer polnischer Angriffe.

Eigene Drahtmeldung.

Ratibor, 16. September.

Aus verschiedenen Grenzorten, insbesondere aus Petrowitz, laufen Nachrichten ein, nach denen in den nächsten Tagen mit neuen polnischen Angriffen zu rechnen ist. Zwischen Pretowitz und Freistadt sind erhebliche polnische Verstärkungen im Anrollen. Die im Schloß Groß Gorschütz zurückgebliebenen Mitglieder der Ententekommission besuchen täglich die Grenzorte und informieren sich eingehend über die Verhältnisse der Bevölkerung und ihre Haltung gegenüber den Grenzzwischenfällen. Auch richten sie ihr Augenmerk darauf, ob diese Grenzzwischenfälle mit irgendwelchen spartakistischen Umtrieben in Verbindung stehen. Von der Grenze des Rybnicker Kreises wird bekannt, daß die geflüchteten oberschlesischen Aufrührer in die Gegend von Czenstochau und Krakau abtransportiert worden sind.

Die unterbrochenen Sitzungen des Obersten Wirtschaftsrates.

R. **Basel**, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Havasbericht aus Brüssel hat der Oberste Wirtschaftsrat seine Sitzungen auf den 19. September verschoben. Bis dahin werden die Delegierten durch parlamentarische Sitzungen in Paris zurückgehalten. England wird durch Chamberlain und Italien durch Crespi vertreten.

Ein englischer Bericht aus Nordwestrußland.

London, 15. September. (Reuter.) Bericht des Kriegsamtes vom 13. September.

Der Feind, in der Stärke von zwei Bataillonen, machte entschlossene Angriffe auf unsere Stellungen an der Dwina, wurde aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Am 10. September wurde Onega ohne Widerstand genommen. Die Russen setzten ihre Offensive an der Eisenbahn mit Erfolg fort.

Königsberg, 16. September. Laut Meldung der „Tilsiter Zeitung" aus Mitau haben auch die litauische und die finnische Regierung von der Sowjetregierung ein Friedensangebot erhalten. Tschitscherin betont, daß die Sowjetregierung keine Angriffsabsichten auf die Randstaaten habe. Er bestätigt, daß die Friedensverhandlungen mit der estländischen Regierung schon begonnen haben.

Verleumdungen Deutschlands.

S. **Haag**, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges, versucht, die durch die Enthüllungen Dellys und anderer Persönlichkeiten erzeugte Erbitterung gegen die Regierung wegen ihrer russischen Politik dadurch abzulenken, daß es die Räteregierung als ein Machwerk der Deutschen hinstellt. So hält es dem Gewerkschaftskongreß vor, daß es eine Torheit von ihm gewesen sei, die russische Lage zu betrachten, ohne in ihr das deutsche Element zu sehen. Die bolschewistische Tyrannei beruhe auf deutscher Unterstützung und nicht auf sozialistischer. Die bolschewistische Armee und der Etappendienst würden von den Deutschen geleitet. Die Deutschen würden aber Rußland nur so lange unterstützen, als die anderen Mächte Rußland anfeinden. Dann würden sie den Bolschewismus in Rußland unterdrücken, um als Belohnung für die Reorganisation die Oberherrschaft in Rußland zu beanspruchen.

Ein Kommentar zu diesem Unsinn erübrigt sich.

Die ausgelieferten deutschen Lokomotiven.

Der „Matin" bringt eine Meldung, nach der die französische Regierung sich entschlossen habe, einen Teil der deutschen Lokomotiven, die auf Grund des Friedensvertrages ausgeliefert werden mußten, an Deutschland zurückzugeben, weil ihr Bau sich nicht für den Betrieb auf den französischen Strecken eignet. Der „Matin" fügt hinzu, daß Deutschland statt der im Friedensvertrag vorgesehenen 5000 Lokomotiven nur 2000 abgeliefert habe, und Frankreich von diesen 1700 zurückgeben werde. Die Rückgabe werde in nächster Zeit erfolgen.

Zunächst ist hierzu richtig zu stellen, daß Deutschland nicht 2000 Lokomotiven abgeliefert hat, sondern die volle vereinbarte Zahl von 5000. Daß ein Teil unserer Lokomotiven, und zwar die schwersten Maschinen unter ihnen, für den französischen Betrieb infolge seines leichteren Unterbaues und seiner ganzen Handhabung sich nicht eigneten, wurde sofort nach der Ablieferung dieser Maschinen wiederholt in der französischen Presse besprochen. Von einer Rückgabe dieser Lokomotiven ist aber damals nicht die Rede gewesen. Soweit wir unterrichtet sind, ist auch bisher in den amtlichen deutschen Stellen von einer jetzt beabsichtigten Rückgabe dieser Maschinen nichts bekannt. Ob Frankreich die Absicht einer solchen Rückgabe hat, läßt sich also zurzeit nicht feststellen.

Falsches Gerücht über General von der Goltz.

Verschiedentlich haben Angehörige der baltischen Landeswehr in letzter Zeit die russische Staatsangehörigkeit angenommen und sind in den russischen Heeresdienst eingetreten, um gegen die Bolschewisten zu kämpfen.

Durch die Presse ging letzthin die Nachricht, daß auch der dortige Kommandeur, General von der Goltz, ebenfalls die russische Staatsangehörigkeit zu demselben Zweck erworben habe. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, beruht diese Nachricht, soweit sie General von der Goltz angeht, nicht auf Wahrheit.

Renner über sein Programm.

P. **Wien**, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Staatskanzler Dr. Renner empfing heute die Vertreter der Wiener Presse, um ihnen im allgemeinen dieselben Erklärungen zu geben, die in seiner vorgestrigen Rede enthalten sind. Er bezeichnete als die Hauptaufgaben der Regierung in der nächsten Zeit die Verfassungsreform, die Verwaltungsreform und die Wiederherstellung normaler Finanzen. Anknüpfend an seine Aeußerung, daß der Blick Oesterreichs jetzt nach Westen gerichtet sein müsse, erklärte der Kanzler, daß er die Notwendigkeit möglichst enger Beziehungen zu Deutschland für so selbstverständlich gehalten habe, daß er dies nicht erst besonders habe betonen müssen. Bezüglich seiner Bemerkung, daß Deutsch-Oesterreich den Namen Republik der deutschen Alpenländer führen müsse, erklärte er, daß man vorderhand den durch den Friedensvertrag festgelegten Namen Republik Oesterreich im offiziellen Verkehr beibehalten müsse, daß man aber gewissermaßen als Untertitel Republik der deutschen Alpenländer sagen werde.

Da der christlich-soziale Vizekanzler auf Urlaub geht, führt Staatskanzler Dr. Renner die Geschäfte der Regierung allein und selbständig weiter.

Die Einreiseerlaubnis nach der Schweiz.

R. **Basel**, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) Am 1. Oktober wird für die Einreisegesuche aus Deutschland nach der Schweiz ein anderer Instanzenweg in Kraft treten. Bisher mußten fast alle Gesuche nach Bern zur Erledigung geschickt werden. Nun soll der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin die Kompetenz erteilt werden, auch für die Konsularbezirke in Deutschland nach erfolgter Prüfung der Gesuche die Einreisebewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz bis zu zwei Monaten von sich aus zu erteilen. Die Kontrollarbeiten in Berlin werden durch eigene, von der Fremdenzentralstelle in Berlin der Schweizerischen Gesandtschaft zugeteilte Beamte besorgt.

Zerstückelung oder Autonomie?

Das neue Autonomiegesetz.

Von
Paul Hirsch,
Präsident des Preußischen Staatsministeriums.

Die auf eine Zerschlagung Preußens gerichtete Agitation, die unmittelbar nach den Novemberereignissen eingesetzt und durch den ursprünglichen Entwurf einer Reichsverfassung neue Nahrung erfahren hat, will nicht zur Ruhe kommen. Bald erhebt der eine, bald der andere deutsche Gliedstaat zur Abrundung seines Gebiets Anspruch auf Teile Preußens, bald wird unter dem Vorwand, auf diese Weise am besten der Einheit Deutschlands zu dienen, die Losreißung ganzer Provinzen von Preußen gefordert und mit mehr oder minder zweifelhaften Mitteln propagiert. Was würde aus dem größten deutschen Freistaat werden, wenn all diesen Wünschen Folge geleistet würde? Preußen, das die Kosten des Friedensschlusses, soweit es sich um Gebietsabtretungen handelt, im wesentlichen zu tragen hat, würde zu einem leistungsunfähigen Gebilde herabgedrückt, das nicht mehr imstande wäre, seine Kulturaufgaben zu erfüllen. Der Schaden aber bliebe nicht auf Preußen beschränkt, sondern auch Deutschland würde durch die Gründung neuer Freistaaten auf Kosten Preußens schwer geschädigt werden, denn es bestände die große Gefahr, daß die neuen Freistaaten sich schließlich nach der Seite der Entente hin orientieren würden, und daß das „Los von Preußen" nur der Auftakt zu dem „Los von Deutschland" wäre.

Gerade im Interesse der Einheit des Reiches hat die preußische Staatsregierung sich diesen Bestrebungen widersetzt; mehr als einmal hat sie unzweideutig bekundet, daß sie auf dem Boden der unitarischen deutschen Republik stehe, daß sie Preußens historische Aufgabe darin erblicke, in Deutschland aufzugehen, daß sie es aber für verkehrt halte, einzig und allein von Preußen Opfer zu verlangen. Das neue Preußen will für sich keine Sonderrechte; wie kein anderer deutscher Gliedstaat hat es sich zu dem Gedanken der Reichseinheit bekannt. Die Reichsverfassung legt Zeugnis davon ab, daß partikularistische Strömungen bei den Vertretern Preußens keinen Boden finden. Aber die gleiche Rücksicht, die Preußen auf andere Gliedstaaten genommen hat, kann es mit Fug und Recht auch für sich beanspruchen.

Die einheitliche deutsche Republik wird kommen. Daß es nicht geglückt ist, von vornherein ganze Arbeit zu machen, sondern daß die Reichsverfassung auf halbem Wege stehen geblieben ist, ist bedauerlich, aber wir haben uns mit dieser Tatsache abzufinden. Die Frage ist nur: Was soll bis dahin geschehen? Soll die preußische Staatsregierung die Hände müßig in den Schoß legen, soll sie die Zerstückelung Preußens ihren Lauf nehmen lassen? Diese Frage ist zu verneinen. Auf der anderen Seite muß sie den berechtigten Eigenarten der Bevölkerung der einzelnen Landesteile Rechnung tragen, die provinziellen Bedürfnisse berücksichtigen und den Quertreibern den Vorwand für ihre gegen Preußen und Deutschland gerichtete Propaganda nehmen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend hat die Staatsregierung der verfassunggebenden Landesversammlung bereits im Juli den Entwurf eines Gesetzes über Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände überreicht, der zurzeit der kommissarischen Beratung der Volksvertretung unterliegt. Der Entwurf, das sogenannte Autonomiegesetz, bedeutet einen völligen Bruch mit der früher beliebten Regierungspolitik, die, wie es in den Motiven heißt, es nicht verstanden hat, ein innerlich unzerreißbares Band zwischen dem Ganzen und allen seinen Gliedern zu knüpfen. Der Entwurf ist auch kein bloßes Gelegenheitsgesetz, sondern er bewegt sich in der Richtung der Politik der heutigen Regierung, die in der Einräumung eines größeren Maßes von Verständnis für die berechtigten Sonderheiten der einzelnen Provinzen und in der Gewährung weitergehender Bewegungsfreiheit der auf ihre Landsmannschaft stolzen Bevölkerung die bessere Grundlage für den Zusammenhalt des Ganzen erblickt.

Der Entwurf berechtigt die Provinziallandtage, die nach Durchführung der geplanten Verwaltungsreform den Willen der Bevölkerung unverfälscht zum Ausdruck bringen werden, über bestimmte Angelegenheiten besondere Provinzialstatuten zu erlassen, die sich naturgemäß innerhalb der bestehenden Gesetze halten müssen und der Bestätigung durch die Staatsregierung unterliegen. Hierher gehören Fragen der Schulverfassung, welche für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen von besonderer Bedeutung sind, Besonderheiten des provinziellen Gemeinde-, Kreis-, Provinzialverfassungsrechts, die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen in gemischtsprachigen Landesteilen, die Einrichtung von Beiräten der staatlichen Behörden innerhalb der Provinz. Außerdem soll dem Provinzialausschuß in gewissem Umfange ein Mitwirkungsrecht bei Besetzung der Stellen der politischen Beamten innerhalb einer Provinz gegeben werden.

Die Staatsregierung will mit dem Autonomiegesetz der in Aussicht genommenen Verwaltungsreform nicht vorgreifen. Wenn sie sich trotz mancher Bedenken entschlossen hat, die Frage der Autonomie vorweg zu lösen, so nicht nur aus allgemein politischen Erwägungen, sondern vor allem auch, um das nachzuholen, was früher verabsäumt worden ist, und um der Reichseinheit den Weg zu ebnen. Ist erst einmal den preußischen Provinzen eine wirkliche Selbstverwaltung gewährt, die es ihnen ermöglicht den provinziellen Sonderheiten mehr als bislang Rechnung zu tragen, dann ist es nicht schwierig, die übrigen Gliedstaaten auf dieselbe Bahn zu drängen und sie dazu zu bringen, daß sie unter Verzicht auf ihre staatlichen Hoheitsrechte unter ähnlichen Bedingungen Reichsprovinzen werden. Zu groß wäre das Opfer das sie damit bringen würden, nicht, denn ihre Stammeseigenarten würden ihnen voll erhalten bleiben, und von ihren Rechten haben sie ja sowieso die wichtigsten bereits verloren. Vielleicht ist das der Weg, auf dem wir schließlich zu der so nötigen Reichseinheit gelangen.

Ob die Abbröckelungsbestrebungen, wenn die Vorlage Gesetz geworden ist, verstummen, vermag heute niemand zu sagen. Diejenigen Kreise, die, sei es bewußt oder unbewußt unter dem Einfluß der Entente die Zerschlagung Preußens betreiben, werden sich von ihrem Vor-